



An den Grossen Rat

25.5540.02

BVD/P255540

Basel, 17. Dezember 2025

Regierungsratsbeschluss vom 16. Dezember 2025

Interpellation Nr. 134 Johannes Barth betreffend Verkehrssicherheit und Verkehrseffizienz im Bereich Palmenstrasse/Ahornstrasse

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 10. Dezember 2025)

«Rückmeldungen aus der Anwohnerschaft im Bereich Palmenstrasse/Ahornstrasse zeigen, dass es seit der Neugestaltung der Ahornstrasse zu Problemen in Bezug auf Verkehrssicherheit und Verkehrs-führung kommt.

Konkret wird geschildert:

- Durch das Entfernen des Fussgängerstreifens sowie der zweiten Fahrspur vor der Ampel kommt es zu Rückstaus
- Rechtsabbieger vom Spalenring nutzen vermehrt die Palmenstrasse als Ausweichroute, was zu erhöhtem Verkehrsaufkommen in dieser Wohnstrasse führt
- Es kommt zu gefährlichen Situationen zwischen Velofahrenden und zu Fuss Gehenden, insbe-sondere vor Haustüren

Aus unserer Sicht sind Verkehrssicherheit sowie eine effiziente, praxistaugliche Verkehrsplanung zentrale Anliegen. Wir setzen auf verhältnismässige, zielgerichtete Massnahmen.

Ich bitte den Regierungsrat um die schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ausgangslage und Zielsetzung
 - a. Welche verkehrsplanerischen Ziele verfolgte das Baudepartement mit der Neugestaltung der Ahornstrasse?
 - b. Wurden die Bedürfnisse der Anwohnerschaft (insbesondere Familien mit Kindern) im Pla-nungsprozess berücksichtigt?
2. Verkehrssicherheit und -verhalten
 - a. Welche Daten (Unfallstatistik, Geschwindigkeitsmessungen, Verkehrszählungen) liegen für den Bereich seit der Umgestaltung vor?
 - b. Falls keine aktuellen Daten vorliegen: Plant die Regierung Messungen, um die Situation fak-tenbasiert zu beurteilen?
3. Rückstaus und Ausweichverkehr
 - a. Wie beurteilt der Regierungsrat die heutige Stausituation in der Ahornstrasse im Vergleich zur Situation vor der Neugestaltung?
 - b. Nimmt die Regierung wahr, dass vermehrt Rechtsabbieger vom Spalenring die Pal-menstrasse nutzen, um Staus zu umfahren? Falls ja, was sind mögliche Massnahmen da-gegen?
4. Prüfung verhältnismässiger Massnahmen
 - a. Ist die Regierung bereit zu prüfen, welche gezielten, verhältnismässigen Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Palmenstrasse umgesetzt werden könnten?

- b. Welche Vor- und Nachteile sieht die Regierung bei möglichen Varianten (z.B. bauliche Verengungen, versetztes Parkieren) in Bezug auf Sicherheit, Verkehrsfluss und Verhältnismäsigkeit?
5. Weiteres Vorgehen
In welchem Zeithorizont könnte eine Überprüfung und – falls angezeigt – Anpassung der Verkehrssituation im betroffenen Gebiet erfolgen?
Johannes Barth»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Zu den einzelnen Fragen

1. Ausgangslage und Zielsetzung
 - a. Welche verkehrsplanerischen Ziele verfolgte das Baudepartement mit der Neugestaltung der Ahornstrasse?

Nach der Neugestaltung soll es für die Velofahrerinnen und Velofahrer sicherer werden, indem der Veloverkehr klarer geführt wird. Mit dem neu eingeführten Grünvorstart für Velos werden Velofahrende beim Anfahren besser gesehen und es gibt weniger Konflikte mit dem motorisierten Verkehr.

- b. Wurden die Bedürfnisse der Anwohnerschaft (insbesondere Familien mit Kindern) im Planungsprozess berücksichtigt?

Bei kleineren reinen Verkehrsprojekten wie hier wird in der Regel auf eine formelle Mitwirkung verzichtet. Der Bau einer sicheren Infrastruktur mit Blick gerade auf die schwächeren Verkehrsteilnehmenden ist dem Kanton besonders wichtig. In der vom Regierungsrat veröffentlichten Mobilitätsstrategie gibt es für die planenden Stellen zentrale Vorgaben. Gibt es nach der Umsetzung einer Massnahme Rückmeldungen aus der Bevölkerung, so werden diese geprüft und wenn möglich umgesetzt.

2. Verkehrssicherheit und -verhalten
 - a. Welche Daten (Unfallstatistik, Geschwindigkeitsmessungen, Verkehrszählungen) liegen für den Bereich seit der Umgestaltung vor?

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen noch keine Daten nach der Umgestaltung vor. Diese wären auch wenig aussagekräftig, weil sich die neue Verkehrsführung erst einspielen muss. Seit Inbetriebnahme sind dem Regierungsrat keine Unfälle bekannt. Auch lassen erste Beobachtungen keine sicherheitsrelevanten Auffälligkeiten erkennen.

- b. Falls keine aktuellen Daten vorliegen: Plant die Regierung Messungen, um die Situation faktenbasiert zu beurteilen?

Das Bau- und Verkehrsdepartement beobachtet in der Einführungsphase die Situation sehr genau und wird bei Bedarf gezielte Messungen durchführen resp. Massnahmen ergreifen.

3. Rückstaus und Ausweichverkehr
 - a. Wie beurteilt der Regierungsrat die heutige Stausituation in der Ahornstrasse im Vergleich zur Situation vor der Neugestaltung?

In den ersten Wochen nach der Inbetriebnahme kam es zu Rückstau. Grund war, dass noch nicht alle nötigen Anmeldemittel und Detektoren installiert waren und die Steuerungssoftware der Lichtsignalanlage noch nicht optimal funktionierte. Dies führte zu längeren Wartezeiten und

Behinderungen. Mittlerweile sind die wichtigsten Anmeldemittel in Betrieb und erste Softwareoptimierungen wurden vorgenommen. Dadurch hat sich die Situation spürbar verbessert.

Die neu umgesetzte Priorisierung der Linienbusse hat auch einen gewissen Einfluss auf die Wartezeiten in der Ahornstrasse. Mit der neuen Lichtsignalanlage können Busse auf dem Spalenring bevorzugt werden, mit dem Ziel für mehr Pünktlichkeit.

Zurzeit führen zudem Baustellen im Umfeld zu Ausweichverkehr, was die Achse Ahornstrasse/Birmannsgasse temporär mit Mehrverkehr belastet.

- b. Nimmt die Regierung wahr, dass vermehrt Rechtsabbieger vom Spalenring die Palmenstrasse nutzen, um Staus zu umfahren? Falls ja, was sind mögliche Massnahmen dagegen?*

Dem Regierungsrat ist nicht bekannt, dass über die Palmenstrasse besonders viel Verkehr ausweicht. Das Bau- und Verkehrsdepartement wird die Lage beobachten und nach Bedarf geeignete Massnahmen prüfen.

4. Prüfung verhältnismässiger Massnahmen

- a. Ist die Regierung bereit zu prüfen, welche gezielten, verhältnismässigen Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Palmenstrasse umgesetzt werden könnten?*

Wir verweisen auf Antwort zu 3. b.

- b. Welche Vor- und Nachteile sieht die Regierung bei möglichen Varianten (z.B. bauliche Verengungen, versetztes Parkieren) in Bezug auf Sicherheit, Verkehrsfluss und Verhältnismässigkeit?*

Ohne konkrete Planungen lassen sich mögliche Massnahmen nicht beurteilen. Falls ein Bedarf besteht, müssen diese bezüglich der verkehrsrelevanten Kriterien geprüft werden.

5. Weiteres Vorgehen

In welchem Zeithorizont könnte eine Überprüfung und – falls angezeigt – Anpassung der Verkehrssituation im betroffenen Gebiet erfolgen?

Die neue Verkehrsführung und die Lichtsignalanlage werden aktuell beobachtet, bis sie sich vollständig eingespielt haben. Die technische Optimierung läuft. Sollten sich sicherheitsrelevante Probleme oder weiteres Verbesserungspotenzial zeigen, wird der Regierungsrat geeignete Massnahmen einleiten.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin